

Manufacturing dissent. Die Rolle von Dissensen an Hochschulen

Von demokratischer Theorie und akademischer Praxis

Miriam Renkert

Abstract

Wie demokratische Gesellschaften können auch Hochschulen als Strukturen betrachtet werden, die sich aus heterogenen Gruppierungen zusammensetzen. Aus Heterogenität im Sinne von Uneinheitlichkeit resultieren verschiedene Meinungen und Werte, wobei Meinungsverschiedenheiten auch als Dissense bezeichnet werden. Diese machen Aushandlungsprozesse notwendig, die in der Theorie eines der zentralen Wesensmerkmale von Demokratien als beteiligungsorientierte Formen des Zusammenlebens darstellen. Aktuell ist zu beobachten, dass Dissensen und anschließenden Aushandlungsprozessen in demokratischen Gesellschaften zunehmend ausgewichen wird, sei es durch einzelne Gesellschaftsmitglieder oder durch Personen bzw. Institutionen des öffentlichen Lebens.

Der Beitrag stellt ein Plädoyer für Dissense dar, sowohl im gesellschaftlichen als auch im akademischen Raum. Grundlegend für die Notwendigkeit dieses Plädoyers sind zwei Arbeitsthesen: Erstens wird in Bezug auf die agonistische Demokratietheorie der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe angenommen, dass ständige Dissense im Sinne konstruktiver Diskussionen zur Gestaltung einer lebendigen (politischen wie akademischen) Gemeinschaft beitragen. Die zweite Arbeitsthese lautet, dass Dissense im akademischen Raum bei der Gestaltung des Lehrbetriebs sowie im Kontext wissenschaftlicher Publikationen aktuell vermieden werden. Nach begrifflichen Einordnungen werden Dissense zunächst aus demokratietheoretischer Perspektive dargestellt, worauf eine kritische Bestandsaufnahme aktueller akademischer Praktiken folgt. Hervorzuheben ist die Übertragung der radikalen Demokratietheorie Mouffes auf den bildungswissenschaftlichen Kontext, welche den Beitrag an die Schnittstelle von Politik- und Bildungswissenschaft rückt.

Empfohlene Zitierweise: Renkert, Miriam (2025). Manufacturing dissent. Die Rolle von Dissensen an Hochschulen : Von demokratischer Theorie und akademischer Praxis. UR: Das Journal, 3(1), S. 53-62. DOI: <https://doi.org/10.48646/ur.20250306>

Lizenziert unter der CC-BY-ND 4.0 International Lizenz.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/> oder wenden Sie sich brieflich an Creative Commons, Postfach 1866, Mountain View, California, 94042, USA.

1. Einleitung

Wie demokratische Gesellschaften können auch Hochschulen als Strukturen betrachtet werden, die sich aus heterogenen Gruppierungen zusammensetzen, unter anderem aus Studierenden und Wissenschaftler:innen. Aus Heterogenität im Sinne von Uneinheitlichkeit resultieren verschiedene Meinungen und Werte, wobei Meinungsverschiedenheiten auch als Dissense¹ bezeichnet werden können. Diese machen Aushandlungsprozesse notwendig, die in der Theorie eines der zentralen Wesensmerkmale von Demokratien als beteiligungsorientierte Formen des Zusammenlebens darstellen. Aktuell ist zu beobachten, dass Dissensen und anschließenden Aushandlungsprozessen in demokratischen Gesellschaften zunehmend ausgewichen wird, sei es durch einzelne Gesellschaftsmitglieder oder durch Personen bzw. Institutionen des öffentlichen Lebens. Ein aktuelles Beispiel ist der Umgang der deutschen Öffentlichkeit mit der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler: Die Wissenschaftlerin bezeichnet sich selbst als „jüdische Antizionistin“ und möchte laut einem im November vom Spiegel publizierten Artikel momentan nicht in Deutschland auftreten (DER SPIEGEL 2023). Grund hierfür seien verächtliche Behandlung und aggressive Kritik, die ein „unterschwelliges Gefühl der Bedrohung“ auslösen würden (ebd.).

Anknüpfend an dieses Beispiel eines (strukturellen) Verhaltens, das auf die Vermeidung von Meinungsverschiedenheiten abzielen scheint, stellen die folgenden Ausführungen ein Plädoyer für Dissense dar, sowohl im gesellschaftlichen als auch im akademischen Raum. Grundlegend für die Notwendigkeit dieses Plädoyers sind zwei Arbeitsthesen: Erstens wird in Bezug auf die agonistische Demokratietheorie der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe angenommen, dass ständige Dissense im Sinne konstruktiver Diskussionen zur Gestaltung einer lebendigen (politischen wie akademischen) Gemeinschaft beitragen. Ausgehend von der strukturellen Vergleichbarkeit von demokratischen Gesellschaften und Hochschulen bezüglich ihrer heterogenen Zusammensetzung wird versucht, die radikale Demokratietheorie Mouffes fruchtbar für den bildungswissenschaftlichen² Kontext zu machen. Zudem soll die genannte Demokratietheorie auf die Akademie – im Sinne schriftlicher und mündlicher Kommunikation zwischen wissenschaftlichen Denker:innen – übertragen werden. Die zweite Arbeitsthese lautet, dass Dissense im akademischen Raum aktuell bei der Gestaltung des Lehrbetriebs sowie im Kontext wissenschaftlicher Publikationen vermieden werden. Nach begrifflichen Einordnungen werden Dissense zunächst aus demokratietheoretischer Perspektive dargestellt, worauf eine kritische Bestandsaufnahme aktueller akademischer Praktiken folgt.

¹ Im Folgenden wird überwiegend der Plural verwendet, somit wird von Dissensen die Rede sein. Grund hierfür ist die Beobachtung, dass es verschiedene Formen von Dissensen gibt, beispielsweise bezüglich ihrer Intensitäten sowie ihrer räumlichen Verortungen.

² die Bezeichnung der hier betroffenen Disziplin an vielen Stellen uneindeutig ist, sei darauf verwiesen, dass im Rahmen dieser Arbeit zum Zwecke der Einheitlichkeit durchgehend von Bildungswissenschaften (und nicht von Erziehungswissenschaft(en) und/oder Pädagogik) die Rede sein wird.

2. Begriffliche Einordnungen: Demokratie und Akademie

Eine einheitliche Definition des Demokratiebegriffes ist aufgrund der vielen verschiedenen wissenschaftlichen Auslegungen schwer möglich (Lembcke et al. 2012, 11), weswegen an dieser Stelle lediglich eine Arbeitsdefinition für die weiteren Ausführungen umrissen werden kann. Wo verschiedene Menschen zusammenkommen, treten gescheiterte Konsenssuchen bzw. Dissense auf. In der Theorie zeichnen sich demokratische Systeme erstens durch ihren Umgang mit Dissensen in Form von Aushandlungsprozessen aus. Letztere sind in diesem Sinne „die Antwort und vielleicht das Heilmittel für gescheiterte Konsenssuche“ (Reichenbach 2000, 800). Zweitens streben demokratische Systeme theoretisch eine möglichst große Teilnahme der Gesellschaftsmitglieder mit ihren persönlichen Meinungen und Werten an diesen Prozessen an. Grundlegend für Aushandlungen und Partizipation sind Kommunikation und Austausch in mündlicher und schriftlicher Form, auf gesellschaftspolitischer Ebene beispielsweise durch Diskussionsveranstaltungen und Anfragen an kommunalpolitische Akteur:innen. Theoretisches Kernelement demokratischer Systeme sind im Rahmen dieser Arbeit entsprechend kommunikative Aushandlungsprozesse unter Beteiligung einer größtmöglichen Anzahl verschiedener Gesellschaftsmitglieder. Kommunikation und Dissense bedingen sich dabei gegenseitig: Einerseits können kommunikative Aushandlungen zur Entwicklung nicht übereinstimmender Meinungen und Werte führen; andererseits machen Differenzen oftmals Verständigung notwendig und können gar als „Voraussetzung aller Kommunikation“ betrachtet werden (Korte 2003, 144).

Auch an Hochschulen kommen verschiedene Menschen zusammen, wobei die Wissensproduktion insbesondere im mündlichen Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden im Rahmen von Lehrveranstaltungen sowie in der Anfertigung und Publikation schriftlicher Arbeiten besteht. Parallel zu demokratischen Systemen werden inhaltliche Dissense insofern ausgehandelt, als dass es zu schriftlicher oder mündlicher Kommunikation zwischen Denker:innen kommt, die ihre Positionen öffentlich begründen und auf etwaige Kritik eingehen. Wichtig in der Theorie ist, dass sowohl die mündlichen Debatten als auch die schriftlichen Publikationen der akademischen Öffentlichkeit zugänglich sind, um möglichst vielen Mitgliedern der akademischen Gemeinschaft eine Teilnahme an den kommunikativen Aushandlungsprozessen zu ermöglichen.

Entscheidend für die Funktion heterogener Strukturen wie demokratische Gesellschaften und Hochschulen erscheint also der Umgang mit stets vorhandenen Dissensen. Der ersten Arbeitsthese folgend verstehen bestimmte Demokratietheoretiker:innen kommunikative Aushandlungsprozesse als Kernmerkmal demokratischer Systeme. Als Vorbereitung auf die nähere Auseinandersetzung mit akademischen Praktiken im Umgang mit Meinungsverschiedenheiten werden im Folgenden zwei zeitgenössische Demokratietheorien, die deliberative und die agonistische, vorgestellt und hinsichtlich ihrer Vorschläge für gesellschaftlichen Umgang mit Dissensen eingeordnet.

3. Dissense in Demokratietheorien

Deliberative Demokratietheorien, unter anderem vertreten durch den deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas, stellen den rationalen und moralischen „Austausch von Argumenten“ im hierarchiefreien Raum in den Mittelpunkt, an dessen Ende „Verständigung oder sogar ein Konsens“ steht (Landwehr 2012, 355). Das Modell agonistischer Demokratie von Chantal Mouffe hingegen sieht Dissense und das Aushandeln von Konflikten als „zentrale[s] Element politischen Handelns“ (ebd.: 375).

3.1 Deliberative Demokratietheorien

Grundlegend für Deliberation sind Bürger:innen, denen bestimmte Fähigkeiten zugeschrieben werden: Zunächst sollten sie sich über anstehende politische Entscheidungen informieren und in ihrer Meinungsbildung von individuellen Interessen absehen, um sich stattdessen am Gemeinwohl sowie an moralischen Grundsätzen zu orientieren (Landwehr 2012, 360-361). Entsprechend impliziert Meinungsbildung die Entwicklung rational-sachlicher sowie verallgemeinerbarer Argumente (ebd., 360). Der anschließende Austausch der Argumente wird als Deliberation bezeichnet, insofern bestimmte Regeln eingehalten werden: So dürfe weder Macht noch Gewalt zwecks Einflussnahme ausgespielt werden; alle Teilnehmer:innen müssten gleichermaßen zur Sprache kommen und könnten alle Themen ansprechen; keine gesellschaftliche Gruppe bzw. Meinung dürfe ausgeschlossen werden; schließlich müsse der Austausch der Öffentlichkeit zugänglich sein (ebd., 362). Am Ende der Deliberation stünde bestenfalls ein Konsens: Nach Austausch der Argumente würden sich alle aus denselben Gründen auf eine Entscheidungsoption einigen, die Person mit den besten Argumenten setze sich durch (ebd., 361). Nach der deliberativen Logik sind Dissense faktisch ausgeschlossen, weil alle, orientiert am Gemeinwohl und an rationalen Grundsätzen, die in diesem Sinne besten Argumente einhellig anerkennen.

Aus der überwiegenden Ausklammerung von Dissensen in deliberativen Demokratietheorien folgen mehrere Kritikpunkte: Erstens widerspricht diese Ausklammerung der Erkenntnis, dass Kommunikation und Differenzen sich grundlegend bedingen. Nicht zuletzt wichtige, politische Formen der Entscheidungsfindung wie Wahlen basieren auf Differenzen: Ihre Ergebnisse sollen unterschiedliche Interessengruppen abbilden, beispielsweise in Form mandatierter Abgeordneter im Parlament. Abstimmungen als weitere nicht-deliberative Aushandlungsform führen oft zu Kompromissen, die von den ursprünglichen, differenten Meinungen ausgehen und entsprechend eher Minimaldissense als -konsense darstellen (ebd., 361). Zweitens entfällt durch die Ausklammerung die Möglichkeit, das Potential von Dissensen zu nutzen. Letztere erscheinen als Ausnahme der Regel, als Störung und Defizit, obwohl ihre bloße Existenz wichtig für das Erschließen politischer Themen sein kann. Versucht man sich an einer Übertragung der deliberativen Theorien auf die (welt)politische sowie gesellschaftliche Praxis, erscheinen die Bedingungen für Deliberation drittens realitätsfern. Abgesehen von allgemeinen Gesprächsregeln und verbindlichen Gesetzen, die physischer und verbaler Gewalt in den meisten Fällen vorbeugen, wirken sich reale strukturelle Unterschiede aus: So sind

finanzielle Ressourcen ungleich verteilt und gleichzeitig entscheidend für politische Macht; hierarchiefreie Räume mit Teilnehmer:innen auf Augenhöhe existieren somit kaum. Zudem müssen politische Entscheidungen oft unter Zeitdruck getroffen werden, so dass nicht auf das Erreichen von Konsensen gewartet werden kann.

3.2 Agonistische Demokratietheorie nach Mouffe

Chantal Mouffe knüpft mit ihrer agonistischen Demokratietheorie an einige der genannten Kritikpunkte an und geht davon aus, dass politische Fragen stets einer Entscheidung zwischen verschiedenen, miteinander im Konflikt stehenden Alternativen bedürfen (Mouffe 2007, 17). Die soziale Welt sei pluralistisch veranlagt und damit konflikthaft (ebd.). Rationale Lösungen politischer Streitigkeiten seien entsprechend unmöglich und notwendige Konsense müssten stets von Dissensen begleitet werden (ebd., 43). Anknüpfend an Carl Schmitts Freund-Feind-Unterscheidung und entgegen deliberativer Demokratiemodelle sieht Mouffe „die Besonderheit demokratischer Politik nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art und Weise seiner Etablierung“ und damit in der notwendigen Anerkennung der pluralistisch angelegten Gesellschaftsstruktur (ebd., 22). Im Gegensatz zu autoritären Systemen würden Konflikte in modernen Demokratien anerkannt anstatt unterdrückt (ebd., 42). Die Wir-Sie-Unterscheidung ermögliche zu jedem Zeitpunkt Antagonismen, die insbesondere für die Bildung politischer Identitäten konstitutiv seien (ebd., 25). Solche Identitäten, die nicht zuletzt in der Konfrontation linker und rechter Kräfte zentral seien, könnten politische Leidenschaften wecken und damit verhindern, dass sich kollektive Identitäten sowie Antagonismen beispielsweise in nationalistische oder religiöse Sphären verschöben (ebd., 42-43).

Zentral für Mouffes Theorie ist die Übertragung eines politischen Antagonismus in einen Agonismus, der aus unversöhnlichen Feind:innen legitime Gegner:innen macht (ebd., 69). Im Rahmen von Demokratien bedeute das unter anderem, dass sich die jeweilige Gegenseite mit „politischen Siegen in Form demokratischer Mehrheiten“ zufriedengebe (Lembcke 2012, 335). Um zu politischen Entscheidungen zu kommen, bedürfe es demnach Minimalkonsense, die nach Mouffe als Minimaldissense zu begreifen und auf ihren Ursprung in unterschiedlichen Meinungen und Werten zurückzuführen sind (ebd., 336). Gesellschaftsmitglieder müssten demnach in erster Linie in der Lage sein, Dissense auszuhalten und gegen mögliche Widerstände ihre Meinung zu verteidigen (ebd., 45). Mouffe nimmt einen „agonistischen Habitus“ an und setzt voraus, dass Differenzen positiv bewertet und „als identitätsstiftend anerkannt“ werden (Schwarz 2020, 399). Politische Gegner:innen müssten demnach nicht nur akzeptiert, sondern darüber hinaus wertgeschätzt werden (ebd.).

Mouffe kritisiert an der Moralisierung politischer Entscheidungen die dadurch zwangsläufig entstehende Feindschaft: Werden Meinungen und Werte moralisch aufgeladen, bliebe kein Raum für konstruktive Diskussionen; beeinflussbare Haltungen verkämen zu feststehenden Ideologien (Rieger-Ladich 2012, 43). An der agonistischen Demokratietheorie wiederum ist das gänzliche Fehlen einer moralischen Dimension zu kritisieren: Offen bleibt die Frage, wie (inter)nationale Institutionen zu verbindlichen Entscheidungen über Themen

kommen können, die alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen betreffen und gleichzeitig unterschiedlich bewertet werden. Parallel zur Kritik an deliberativen Demokratietheorien sind auch bei Mouffe die Ansprüche an die Gesellschaftsmitglieder hoch: Konfliktfähigkeit und Wertschätzung von Gegner:innen sind Fähigkeiten, die in verschiedenen Sozialisationsinstanzen erlernt werden müssen.

Unter Beachtung der Einschränkung beider Theorien kann die erste Arbeitsthese bestätigt werden: Mouffes Theorie folgend trägt die permanente Möglichkeit des Auftretens von Dissensen im Sinne konstruktiver Diskussionen zur Gestaltung von lebendigen politischen Gemeinschaften bei. Betrachtet man Hochschulen als demokratische Mikro-Gesellschaften, liegt eine Übertragung der Theorien auf akademische Institutionen nahe. Das folgende Kapitel beschäftigt sich kritisch mit der Frage, ob aktuelle akademische Praktiken dem Anspruch gerecht werden, Dissense auszutragen und als Potentiale für lebendige akademische Gemeinschaften zu begreifen. Zu prüfen ist die zweite Arbeitsthese, nach der Dissense im akademischen Raum aktuell bei der Gestaltung der Lehre sowie im Kontext wissenschaftlicher Publikationen vermieden werden.

4. Akademische Praktiken und Dissense – eine kritische Bestandsaufnahme

Zunächst soll eine theoretische Annäherung an akademische Praktiken und Dissense mithilfe von Überlegungen der bereits eingeführten Judith Butler sowie des deutschen Bildungswissenschaftlers Hans-Christoph Koller versucht werden.

4.1 Theoretische Annäherung

Ausgehend vom umstrittenen Begriff der „Akademischen Freiheit“ in den Vereinigten Staaten stellt Butler die Frage, wie Wissen im Kontext der Wirksamkeit verschiedener institutioneller Mächte produziert wird (Butler 2011: 34). Wenn kritisches Infragestellen etablierte Konventionen und Normen sowie den Staat und damit die vermeintlichen Grundlagen öffentlicher Legitimität betreffen, hinge es mit politischem Dissens zusammen (ebd., 35-36). Konsens sei nicht auf der Basis individueller Autonomie zu erhalten, sondern schaffe Autonomie; im Dissens distanzieren man sich hingegen von der Herrschaft und begründe dadurch ein neues Selbst (ebd., 47). Die Ausübung des Rechts auf Dissens mache institutionelle (staatliche) Unterstützung notwendig und könne gleichzeitig in der Kritik ebendieser Institutionen bestehen (ebd., 51). Die Garantie des Rechts auf Dissens sei eine Machtdemonstration, über den sich der Staat seiner Legitimität versichere; gleichzeitig könne Dissens den staatlichen Handlungsspielraum und die staatliche Souveränität als solche infrage stellen (ebd., 51-52). Insgesamt beobachtet Butler „eine außergewöhnliche Verwirrung darüber, was legitime Kritik konstituiert, was eine Kritik von Legitimität konstituiert, und ob diese von einem Aufruf zur Vernichtung losgelöst betrachtet werden kann“ (ebd., 53-54). Mit Bezug auf Israel plädiert Butler dafür, grundlegende Fragen nach der Legitimierung von Staaten zu stellen und stellt die These auf, dass der Bereich des Sagbaren verkleinert wird, um kritische

akademische Auseinandersetzungen einzugrenzen (ebd., 55-56). Jeder kritische Einwand hinterfrage bestehende Konventionen sowie staatliche Herrschaft und sei damit konstitutiv für akademische Praktiken (ebd., 57).

Hans-Christoph Koller plädiert mit Bezug auf die Bildungswissenschaften für eine Anerkennung von Widerstreiten zwischen Teildisziplinen. Koller thematisiert das Verhältnis zwischen Bildungstheorie als Teil der Bildungsphilosophie und der erziehungswissenschaftlichen Biografieforschung (Koller 2006, 109). Im Sinne Lyotards interpretiert Koller dieses Verhältnis als Widerstreite verschiedener Diskursarten um die „Regeln dafür, wie ein gegebener Satz weiterzuverketten ist“ (ebd., 111). Da es diesbezüglich keine allgemeingültigen Prinzipien gebe, mangle es an „gerechten“ Lösungen (ebd., 115). Immer mehr Wissensformen würden nebeneinander bestehen, so dass Wissen nicht mehr durch „große[...] Erzählungen“ legitimiert werden könne (ebd.). Es sei also zwischen unterschiedlichen bildungswissenschaftlichen Wissensformen mit der permanenten Möglichkeit von Widerstreiten zu rechnen (ebd.), was der These entspricht, die Mouffe in Bezug auf Dissense in demokratischen Gesellschaftsformen aufstellt. Diese Widerstreite als solche anzuerkennen, hieße, Lyotard folgend, sprachliche Beschreibungen für das zu finden, was sich bildungswissenschaftlichen Teildisziplinen jeweils entzöge (ebd., 117). Dies bedeute für jede Teildisziplin, die Existenz anderer zu respektieren, die eigenen Grenzen anzuerkennen sowie offen dafür zu sein, von anderen Diskursarten zu lernen (ebd., 123). Die Allgemeinen Erziehungswissenschaften könnten dann, so Koller, „als Ort der Austragung von Konflikten zwischen den verschiedenen pädagogischen Wissensformen“ verstanden werden (ebd.).

Sowohl Butler als auch Koller plädieren unter Bezug auf verschiedene Theorien (Kant und Foucault bei Butler; Lyotard bei Koller) für kritisches Infragestellen etablierter Konventionen sowie am Beispiel der Bildungswissenschaften für die Anerkennung der Konflikte zwischen verschiedenen Teildisziplinen. Theoretisch scheinen Meinungsverschiedenheiten zwischen Akademie und staatlichen Institutionen bzw. verschiedenen Teildisziplinen also bedeutsam für die akademische Wissensproduktion zu sein. Doch wie sind akademische Praktiken bezüglich ihres Umgangs mit Dissensen zu bewerten? Werden Dissense im akademischen Raum aktuell tatsächlich vermieden, wie in der zweiten Arbeitsthese angenommen?

4.2 Akademische Praktiken und Dissense

Für eine Betrachtung aktueller akademischer Praktiken müssen diese in den Kontext der sogenannten Bologna-Reformen eingeordnet werden, die seit der ersten Erklärung 1999 von einem Großteil der ratifizierenden Länder sukzessive umgesetzt werden. Ursprüngliche Kernanliegen sind unter anderem die Einführung des zweistufigen Bachelor-Master-Systems, die Etablierung eines europaweit vergleichbaren Punktesystems sowie die Modularisierung der Studiengänge; im Laufe der Jahre kommen Akkreditierungen zum Zwecke der Qualitätssicherung und das Ziel der Erhöhung der Attraktivität europäischer Hochschulstandorte hinzu. Im Falle Deutschlands spielen das Erreichen berufsspezifischer Kompetenzen sowie regelmäßige Überprüfungen des Lernfortschrittes eine wichtige Rolle.

Der deutsche Soziologe Martin Winter, über mehrere Jahre tätig am Institut für Hochschulforschung der Universität Halle-Wittenberg, publiziert im Rahmen seiner Tätigkeit regelmäßig zum Thema der Bologna-Reformen. Winter sieht bezüglich der Konsequenzen aus den Reformen mehrere Risiken: Erstens die Überlastung der Studierenden durch die niedrige Punkteanzahl, die für einzelne Lehrveranstaltungen „gesammelt“ werden können (Winter 2009, 47). Zweitens die Verschulung des Studiums durch „fixe Stundenpläne [...], Anleitung statt selbstorganisierte[m] Lernen, permanente Anwesenheitspflichten [...], wenig Wahlfreiheiten [...] und Vermittlung von kanonisiertem ‚Schul‘-Wissen“ (ebd., 49). Mit dem Bologna-Prozess gehe die Forderung nach erhöhter Praxisnähe des Studiums einher (Nickel 2011, 10). Damit sei „ein historisch gewachsenes wissenschaftliches Selbstverständnis“ angegriffen, „wonach Lehre und Forschung frei und nicht der unmittelbaren Verwertung verpflichtet“ seien (ebd.). Eine dritte Gefahr der Bologna-Reformen ist laut Winter eine Prüfungsüberlastung von Studierenden, die Prüfungen absolvieren müssen, und von Dozierenden, die Prüfungen wiederum korrigieren und benoten müssen (Winter 2009, 51). Überlastung und Verschulung beeinflussen die Austragung von Dissensen insofern, als Studierende sowie Dozierende mehr Zeit und Energie in die formale Organisation von Anwesenheiten und Prüfungen investieren müssen, was wiederum die Konzentration auf die intellektuelle Aushandlung von Dissensen in mündlicher und schriftlicher Form erschwert.

Der an der Universität Wien tätige Philosoph Christoph Paret beantwortet die Frage, ob sich mit der Institution Universität heute noch eine Vorstellung von Aufklärung und Bildung verbinde, mit weiteren Kritikpunkten an wissenschaftlichen Praktiken. Paret sieht die zentrale Motivation für Forschung darin, Dinge anders sehen zu wollen und bemängelt den Konsens und die Einmütigkeit der Akademie (Paret 2020, 29). Anknüpfend an Judith Butlers Überlegungen zum kritischen Hinterfragen sieht Paret die Aufgabe darin, „die Wissenschaft institutionell in die Lage zu versetzen, Ideen und Ansichten in die Welt zu setzen, die quer stehen zu den eingewöhnten politischen Fronstellungen und Erwartungen“ (ebd.). Außerdem sei das Ziel der akademischen Wissensproduktion nicht die Formulierung klarer Antworten oder konkreter Lösungen, sondern die Welt in ihrer Komplexität zu begreifen und sich immer wieder von neuen Annahmen überraschen zu lassen (ebd.). Schließlich kritisiert Paret die prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft und die Verwandlung der Akademie in einen Betrieb, der durch Konkurrenz um unattraktive Stellen geprägt sei (ebd., 30). Drittmittel und Gutachten nähmen eine immer wichtigere Rolle ein, wobei Antragstellende dazu aufgefordert würden, sogenannte Forschungslücken zu schließen und sich somit an bereits Bestehendes anzupassen (ebd.).

Nach den begrifflichen Einordnungen im zweiten Kapitel sind der mündliche Austausch in Lehrveranstaltungen sowie schriftliche Publikationen als akademische Praktiken zu sehen, die theoretisch Raum für die Aushandlung von Meinungsverschiedenheiten, Dissensen, bieten. Diese Aushandlung erscheint jedoch strukturell erschwert: Nicht zuletzt infolge der sogenannten Bologna-Reformen sind sowohl Studierende als auch Lehrende angesichts vieler Prüfungen, eines hohen Arbeitsaufwandes für wenige Leistungspunkte, eines erhöhten

bürokratischen Aufwands im Kontext von Qualitätssicherungsverfahren und eines neuen Verständnisses akademischer Lehre zunehmend auf eine Weise überfordert, die wenig Raum für die intellektuelle Aushandlung von Dissensen lässt. Schließlich scheinen die prekären Arbeitsbedingungen und die Bedeutung von Gutachten die Wissenschaft daran zu hindern, neue Perspektiven zu produzieren und damit die Welt in ihrer Komplexität zu begreifen.

5. Reflexion und Ausblick

Insgesamt können beide zu Beginn aufgestellten Arbeitsthesen bestätigt werden: Mouffes radikaler Demokratietheorie folgend führt die ständige Möglichkeit für Dissense zu lebendigen politischen Gemeinschaften. Wird der akademische Raum parallel zum politischen als Miteinander verschiedener Personen mit unterschiedlichen Meinungen betrachtet, können Dissense als ebenso fruchtbar für den kritischen Austausch an Hochschulen gelten, was Butler und Koller theoretisch untermauern und begründen. Wie aus der kritischen Rezeption wissenschaftlicher Quellen hervorgeht, werden Dissense im Rahmen aktueller akademischer Praktiken tatsächlich vermieden, was insbesondere seit dem Spürbarwerden der Bologna-Reformen mit tief verankerten, bürokratisch überlasteten Strukturen zusammenhängt.

So wie im Rahmen dieser Arbeit radikale Demokratietheorien für die Bildungswissenschaften fruchtbar gemacht werden, muss das vorliegende Plädoyer für Dissense im akademischen Raum weitergedacht werden: Hochschulen müssen im Kontext gesellschaftspolitischer Ereignisse und Debatten betrachtet werden, nicht zuletzt, weil sie durch die Ausbildung immer mehr junger Menschen einen Teil der Ausbildung kommender Generationen übernehmen. Um diese dazu zu befähigen, möglichst selbstbestimmt und kritisch in den Austausch mit Andersdenkenden zu gehen, aber auch als selbstverständlich dargestellte Strukturen und Konventionen hinterfragen zu können, braucht es Dissense. Entsprechend bleibt zu wünschen, dass sich zukünftig keine Person des öffentlichen Lebens aufgrund abweichender Positionen bedroht fühlen muss, sondern gerade diese Abweichung als Potential für gesellschaftliche Erneuerungen und Entwicklungen betrachtet wird.

6. Quellenverzeichnis

Butler, Judith (2011): *Kritik, Dissens, Disziplinarität*, Zürich: diaphenes.

DER SPIEGEL (2023): Judith Butler spricht von einem „Gefühl der Bedrohung“ in Deutschland, [online] <https://www.spiegel.de/kultur/judith-butler-juedische-philosophin-spricht-von-einem-gefuehl-der-bedrohung-in-deutschland-a-19c5f443-5994-4959-9916-5451f75f0258> [24.05.2024].

Koller, Hans-Christoph (2006): Das Mögliche identifizieren? Zum Verhältnis von Bildungstheorie und Bildungsforschung am Beispiel der erziehungswissenschaftlichen Bildungsforschung, in: Pongratz; Wimmer; Nieke (Hrsg.): *Bildungsphilosophie und Bildungsforschung*, Bielefeld: Janus Presse, S. 108-124.

- Korte, Petra (2003): Pädagogische Kommunikation oder Ein Plädoyer für alltägliche pädagogische Differenz- und Dissenskultur, in: Girmes; Korte (Hrsg.): *Bildung und Bedingtheit. Pädagogische Kommunikation im Kontext individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Muster*, Opladen: Leske + Budrich, S. 141-152.
- Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie, in: Lembcke et al. (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden: Springer, S. 355-385.
- Lembcke et al. (2012): Zwischen Konkurrenz und Konvergenz. Eine Einführung in die normative Demokratietheorie, in: Lembcke et al. (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden: Springer, S. 9-32.
- Lembcke, Oliver W. (2012): Entschiedene Unentscheidbarkeit. Varianten dezisionistischer Demokratietheorie, in: Lembcke et al. (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden: Springer, S. 317-353.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische*, Frankfurt am Main: edition suhrkamp.
- Nickel, Sigrun (2011): Zwischen Kritik und Empirie – Wie wirksam ist der Bologna-Prozess?, in: *Der Bologna-Prozess aus Sicht der Hochschulforschung. Analysen und Impulse für die Praxis*, Gütersloh: CHE Centrum für Hochschulentwicklung, S. 8-17.
- Reichenbach, Roland (2000): „Es gibt Dinge, über die man sich einigen kann, und wichtige Dinge.“ Zur pädagogischen Bedeutung des Dissenses, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 46, Nr. 6, S. 795-807.
- Rieger-Ladich, Markus (2012): Konsens suchen oder Dissens bezeugen?, in: Frost; Rieger-Ladich (Hrsg.), *Gegen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform*, Paderborn: Schöningh, S. 33-49.
- Schomburg et al. (2012): *Wandel von Lehre und Studium an deutschen Hochschulen – Erfahrungen und Sichtweisen der Lehrenden. Projektbericht*, Kassel: Internationale Zentrum für Hochschulforschung (INCHER-Kassel), Universität Kassel.
- Schwarz, Susanne-Verena (2020): Demokratie/Postdemokratie, in: Weiß; Zirfas (Hrsg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungsphilosophie*, Wiesbaden: Springer, S. 391-403.
- Winter, Martin (2009): *Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland*, Wittenberg: Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Winter, Martin (2015): Bologna – die ungeliebte Reform und ihre Folgen, [online] <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/204075/bologna-die-ungeliebte-reform-und-ihre-folgen/> [31.05.2024].